

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verstellungen nehmen die Anzeigen, und für Anzeigen die Postenhalten entgegen. — Erscheint wöchentlich, Fernsprech-Anschluß Nr. 33.

Verstellungen nehmen die Anzeigen, und für Anzeigen die Postenhalten entgegen. — Erscheint wöchentlich, Fernsprech-Anschluß Nr. 33.

Telegramme: Erzgebirge Anzeiger Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 297

Sonntag, den 22. Dezember 1929

24. Jahrgang

Die Politik der Woche

Macdonald in Schwierigkeiten — St. Snowden ein Cuertreiber? Der Kampf um die Flottenpolitik — Hoovers Wirtschaftsjahren

Das englische Arbeiterkabinett Macdonald ist dieser Tage zum ersten Mal in ernste Schwierigkeiten geraten, da sowohl die Konservativen als auch die Liberalen erklärten, daß sie das Kohlenreformgesetz in der vorliegenden Form nicht annehmen würden. Die Liberalen machten ihre Zustimmung zur Regierungsvorlage von fünf Bedingungen abhängig, die sie also formulierten: 1. Ausnahme des Grundgesetzes der Zwangsweisen Grubenzusammenlegung in das Gesetz, 2. gegebenenfalls Einbringung eines besonderen Gesetzes für diesen Zweck, 3. die Bestimmungen für Quoten und Preise haben einen zeitweiligen Charakter zu tragen, 4. die Zusammenlegung von Gruben hat auf der Basis ihres gegenwärtigen Wertes zu beruhen und nicht eines Phantasiwertes nach der Gesetzesannahme, 5. es muß sichergestellt werden, daß die Festsetzungen der Kohlenpreise im öffentlichen Interesse vor sich gehen. Nach dem Bekanntwerden dieses liberalen Ultimatus verloren die Arbeiterpartei nicht viel Zeit für eine Erwiderung. Die ersten drei Bedingungen wurden sofort erfüllt, die beiden letzten in vorläufiger Weise ausweichend beantwortet. Noch nie hat der liberale Führer Lloyd George von seiner Schlüsselstellung im Unterhaus in so offener Weise Gebrauch gemacht, wie in diesem Falle.

Wiel mehr als diese innerenglischen Vorgänge berührten uns die aus Paris kommenden Meldungen, daß der englische Schatzkanzler Snowden darauf drängt, Sanktionen in den Youngplan einzubauen. Bekanntlich kennt der Youngplan keinerlei Sanktionen, selbstverständlich auch keine Reparationskommission. Während der Pariser Verhandlungen wurde vielmehr stillschweigend vereinbart, daß die Reparationskommission mit Annahme des Youngplans von der Bildfläche verschwindet. Von England her kamen nach diesen aufsehenerregenden Meldungen über diesen neuen und fähigen Umfall Mr. Snowdens alsbald entscheidende Denkmäler. Paris dagegen befürchtete erneut die ersten Meldungen über die Sanktionsforderungen Snowdens. In Berliner politischen Kreisen traut man dem „Torysozialisten“ Snowden jeden Umfall zu, man betrachtet jedoch die Lage sehr ruhig, da nicht Snowden, sondern Macdonald und Henderson für die Außenpolitik Großbritanniens verantwortlich zeichnen. Beide Arbeiterführer haben sich bisher als Freunde von Locarno und Genf bewährt, so daß es undenkbar erscheint, daß sie jetzt zu den Versailler Methoden zurückkehren und den französischen Nationalisten gegen Briand und die Linke Waffen in die Hand geben, ganz abgesehen davon, daß sie mit einer derartigen Forderung den Youngplan nicht nur gefährden, sondern schlechterdings in Stücke schlagen würden.

Zu sehr bemerkenswerten Auseinandersetzungen über die Flottenpolitik der englischen Regierung kam es dieser Tage im Oberhaus. Der aus der Skottland-Schlacht bekannte Admiral Beatty fragte die Arbeiterregierung, ob sie bei ihren Verhandlungen auch die Wünsche und Forderungen der britischen Admiralität berücksichtigt habe. Für das Kabinett antwortete Lord Thomson, die Flottenpolitik der Regierung bezweckt die absolute Sicherheit des britischen Reiches in jedem seiner Teile. Wenn irgendein Verdacht besteht, daß die Regierung ohne Beratung mit der Admiralität gehandelt hat, so ist er völlig unbegründet. Das Ziel der kommenden Konferenz ist die Durchführung der Herabsetzung der Rüstungen. Wenn ihr dies nicht gelingt, müßte sie als völlig verunglückt angesehen werden.

Auch der französische Ministerrat befaßte sich in der vergangenen Woche eingehend mit dem Problem der Abrüstung zur See. Der französische Standpunkt wurde vom Ministerpräsidenten Lardieu folgendermaßen zusammengefaßt: 1. Abrüstung nur durch Verminderung der Gesamttonnage, nicht durch Baubeschränkungen in den einzelnen Schiffskategorien, 2. kein Verbot der Unterseeboote, 3. keine Flottengleichheit mit Italien, 4. Festhalten an der Forderung, daß die Londoner Flottenabstufungskonferenz nur im Rahmen der Völkerbundarbeit bleibt und nur zur Vorbereitung der allgemeinen Abrüstungskonferenz des Völkerbundes dient. Außerdem wird bekannt, daß die Franzosen beabsichtigen, auf der Londoner Seeabstufungskonferenz auch die Frage der deutschen Flotte aufzuwerfen. In den Verhandlungen Frankreichs mit Italien haben es die Franzosen bereits fertiggebracht, in der deutschen Kriegsflotte eine Gefahr für die Sicherheit Frankreichs zu erblicken. Die Argunen lächeln, denn alle Diplomaten und Politiker der Welt wissen, daß der französische Reston gegen den deutschen Pan-

Frankreichs Angst vor Deutschland

Das Rheinland unter Dauerkontrolle

Im französischen Senat wurde die Entmilitarisierung des Rheinlandes besprochen. Auf verschiedene Angriffe verwahrte sich der Außenminister Briand dagegen, daß er im Trauzustand handele. Wenn man ein Friedensziel erreichen wolle, dann dürfe man keine Angst haben, davon zu sprechen. Frankreich habe nicht das Recht, seine Sicherheit in Frage zu stellen. Er habe schon in Friedenszeiten die Initiative zur Einführung der dreijährigen Dienstzeit im Interesse der Sicherheit Frankreichs ergriffen. Die Friedensgarantien des Vertrages von Versailles seien auf der Garantie aufgebaut gewesen, die England und die Vereinigten Staaten zugesagt hätten, die aber nicht Wirklichkeit geworden sei. Selbst Clemenceau habe eines Tages in der Kammer erklärt, wenn England und die Vereinigten Staaten sich zurückziehen würden, dann bestähe eben nichts mehr. Diesen Mangel habe er, Briand, ausgeglichen durch den

Vertrag von Locarno, der die französische Ostgrenze zu einer gemeinsamen Grenze Englands, Frankreichs, Belgiens und Italiens mache.

Senator Lemery habe von der Kontrolle im Rheinland gesprochen. Er habe dabei vergessen, daß der Friedensvertrag hierfür nichts vorsehe. Nach 1935 hätte Frankreich also im Rheinland keinerlei Kontrollrecht mehr gehabt. Aber er, Briand, habe 1926 erreicht, daß alle Mitglieder des Völkerbundes darin übereinstimmen, daß auch das Rheinland der Kontrolle des Völkerbundes unterworfen werde. Was die Kontrolle durch die Alliierten anbetreffe, so hätten die Deutschen sie über 1935 hinaus abgelehnt.

Jetzt habe man durch die Ausgleichskommission des Locarno-Vertrages eine Kontrolle, solange der Locarno-Vertrag bestehe. Als heunruhigende Arbeiten in der Rheinlandzone ausgeführt wurden, habe er eingegriffen, und ein Einverständnis sei zwischen französischen und deutschen Sachverständigen erzielt worden. Die Kontrolle, die die Kontrollkommission ausüben, habe zu folgendem Ergebnis geführt: Als man die erste Besetzungsräume räumte, habe man plötzlich bemerkt, daß Deutschland Befestigungen habe ausführen können. Man sehe also daraus, daß auch ständige Kontrollelemente in Gestalt von 500 oder 600 Offizieren nicht alles entdecken könnten. Frankreich habe nicht das Recht, die Rolle des Festgesten zu spielen. Der Friedensvertrag von Versailles zwingt übrigens Frankreich die Verpflichtung auf, mit seinen Alliierten solidarisch zu bleiben. Bis jetzt sei in der dritten Zone alles intakt geblieben, und es stehe dem Parlament frei, die Abkommen vom Haag feinerseits zu verwerfen. Beunruhigend sei für ihn die nutzlose

Kritik der Regierungspolitik durch Männer, die keine andere an ihre Stelle zu setzen hätten.

Zwangsmittel gegen sechzig Millionen Deutsche? Das sei eine Unmöglichkeit, denn dadurch sichere man den Frieden nicht.

Man sichere ihn nur durch eine Entspannung unter den Völkern. Fast alle Vereinigungen ehemaliger Frontkämpfer ermutigten ihn. Briand, seine Friedenspolitik fortzusetzen. Im Haag habe man schwer gekämpft. Er habe eine ständige Kontrollkommission im Rheinland verlangt; sie sei ihm abgelehnt worden, weil der Friedensvertrag nichts Derartiges vorsehe. Deshalb habe er die Ausgleichskommission angenommen, um Frankreich nicht zu isolieren. Schließlich stellte Briand fest, daß er seine Politik in vollem Einverständnis mit Poincaré betrieben habe, und daß das jetzige Kabinett mit seiner Politik solidarisch sei. Weber im Haag noch in London würden die Sicherheit und der Frieden zu einander in Gegensatz gebracht werden. Jeder, der behauptet, daß Frankreich keine Macht besitze, vermindere das Prestige Frankreichs.

Der weltbedrohende deutsche Panzerkreuzer

Lächerliche Reden im französischen Parlament

Die französische Kammer behandelte den Marine-Etat. Der radikale Abgeordnete Herriot erklärte dabei, die lebenswichtige Frage der Freiheit der Meere könne nur in einem internationalen Rahmen, nämlich in Genf, geregelt werden, denn die wirtschaftlichen Probleme, die mit dieser Frage verbunden seien, seien zu wichtig, als daß sie an einem anderen Orte als Genf behandelt werden könnten. Es sei unmöglich, das Problem der maritimen Grenzen zu regeln ohne gleichzeitige Regelung des Problems der Lebensmittelversorgung an der Landgrenze. Seit Jahren suche man, die Seeabstufung auf Konferenzen, die keinen Erfolg gehabt hätten, zu lösen. Was sei aber inzwischen geschehen? In aller Ruhe arbeite ein Land — nämlich Deutschland — an seiner Flotte. Deutschland sei in seinen Seeleistungen durch die Washingtoner Konferenz nicht wie Frankreich, dem eine Kaliberhöchstgrenze aufgezwungen worden sei, beschränkt worden. Deutschland habe ein Kriegsschiff geschaffen, das heute der Schrecken aller Kriegsmarinen sei (I) nämlich den 10 000-Tonnen-Panzerkreuzer, der mit einem gewaltigen Kaliber besetzt sei. Auf Grund des Versailler Vertrags könne Deutschland nicht nur eine Einheit, sondern sechs, und vielleicht sogar noch zwei Ersatzschiffe nach diesem Muster bauen. Die Konferenz der fünf Seemächte könne dieses Problem nicht regeln. Es könne auch nur in Genf gelöst werden und zwar auf der Grundlage des Genfer Protokolls.

Der sozialistische Abgeordnete Reynaud trat dieser Ansicht Herriots bei und erklärte, der Panzerkreuzerbau Deutschlands bedrohe einwandfrei den Wunsch Deutschlands, die Meere kontrollieren zu können (II). Der Kellogg-Pakt könne keine Garantie für den künftigen Frieden bilden.

Der Abg. Chorrier (von der Radikalen Linken) trat für die Schaffung einer gutausgebildeten und organisierten Berufsmarine ein.

Französische Enthüllungen

Der Plan eines Kanals Bordeaux—Cette war der Grund für die englische Taktik im Haag

Die Pariser Zeitung „Action Française“ unternimmt einen Angriff gegen den englischen Schatzkanzler Snowden und gegen den französischen Außenminister Briand. Snowden wirft das Wort vor, daß er auf der Haager Konferenz eine Herabsetzung der deutschen Seelieferungen verlangt habe, Briand, daß er dieses Verlangen ohne energische Verteidigung hingenommen habe.

Das Blatt erklärt, der Leittragende in dieser Sache sei ausschließlich Frankreich, denn Frankreich habe die Absicht gehabt, mit Hilfe der deutschen Seelieferungen einen neuen großen Schiffsbau zu bauen, der den Atlantischen Ozean mit dem Mittelmeer habe verbinden sollen. Dieser Kanal, der in Bordeaux begonnen und in Cette beendet hätte, sei schon vollkommen vorbereitet gewesen. Das französische Ministerium für öffentliche Arbeiten habe die Baupläne bereits ausgearbeitet. Die wirtschaftliche und militärische Bedeutung der neuen Werke würde außerordentlich gewesen sein, denn der Kanal hätte den Weg von Marseille nach Hamburg von 4340 auf 2476 und nach Antwerpen von 3890 auf 1918 Kilometer verkürzt. Die französische Kriegsflotte wäre der Notwendigkeit entzogen worden, ständig durch das baltische Meer der von englischen Kanonen beherrschten Straße von Gibraltar zu fahren. Es sei schon geplant gewesen, die notwendigen Maschinen für die Arbeiter usw. auf Sachlieferungskonto von Deutschland zu bestellen. Deutschland habe auch den größten Teil der Kanalaustrückung geliefert. Daß sei dieses Kanalprojekt langsam zu Wasser verfließen.

zerkreuzer nur erfolgte, um Frankreich einen Grund und Vorwand zu geben, den italienischen Wunsch nach Parität mit der französischen Kriegsflotte glatt abzulehnen. Die winzige deutsche Flotte muß so zur Verschleierung des französischen Rüstungshungers herhalten.

In Washington verfolgt man die Flottenverhandlungen zwischen Rom, Paris und London mit gespanntester Aufmerksamkeit. Präsident Hoover hat aber auch zu Hause große Sorgen. Schon im Jahre 1921 griff er als Handelssekretär energisch in das Abenteuer der amerikanischen Volkswirtschaft ein und bewährte dadurch sein Land vor größerer Arbeitslosigkeit. Zur Erhaltung der Prosperität wurden damals folgende Schutzmaßnahmen getroffen: Sparbarkeit des Volkes und Vermeidung von Luxusausgaben, keine Ueberexpansion und Spekulation des Geschäftsmannes, keine spekulativen Kredite von Seiten der Banken und gegenseitiges Verständnis und Zusammenarbeit. Jetzt ist Präsident Hoover damit beschäftigt, einen ständigen Wirtschaftsrat aus Vertretern der 80 wichtigsten Industrien in Washington ins Leben zu rufen, um durch ihn die gesamte amerikanische Volkswirtschaft zu kontrollieren, zu neuem Leben zu entfachen und dadurch die Prosperität der Wirtschaft zu erhalten. Hoovers großes Wirtschaftsprogramm ist zwar vorläufig nur ein Experiment, falls es aber gelingt, eine wirtschaftliche Großtat allerersten Ranges.